



öffentlich

Betreff:
Garagenstreit

Erstellungsdatum 13.05.2003

Eingang 02:

Einreicher: PDS-Fraktion

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
04.06.2003	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich ausgehend von früher gemachten Zusagen in die Gespräche zwischen dem Garagenbeirat und der Gewoba einzuschalten und im Interesse des sozialen Friedens in der Stadt auf eine verträgliche Lösung hinzuwirken.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Im Zusammenhang mit der Veräußerung von städtischen Grundstücken an die Gewoba sind auch eine Reihe von Garagengrundstücken übergeben worden. Die Garagenbesitzer bestehen ihrerseits auf einem Vorkaufsrecht gemäß § 57 Schuldrechtsanpassungsgesetz. In einem Gespräch mit dem Garagenbeirat hat der ehemalige Oberbürgermeister einen fairen Umgang mit den Garagenbesitzern zugesagt. Diesen fairen Umgang sehen die Garagenvereine durch den bisherigen Verlauf der Gespräche mit der Gewoba und ihrem Geschäftsbesorger nicht mehr gewährleistet. Deshalb sollte sich der Oberbürgermeister in diese Gespräche einschalten.